

Mensch & Politik

Dr. Silke Launert



LESEN SIE AKTUELLES AUS BERLIN UND DER REGION BAYREUTH/FORCHHEIM

Ausgabe KW 29/26

500.000 Euro Bundesmittel für den Neubau der Sporthalle in Mehlmiesel – Stärkung von Sport, Kultur und Gemeinschaft

Berlin/Bayreuth. Große Freude in Mehlmiesel: Für den geplanten Ersatzneubau der Sporthalle stellt der Bund **500.000 Euro** aus dem **Programm „Sanierung kommunaler Sportstätten (SKS)“** bereit. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat die Förderung Ende April beschlossen.

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete **Dr. Silke Launert** erklärt dazu: *„Es freut mich sehr, dass sich das gemeinsame Engagement meiner Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss und von mir für das Projekt ausgezahlt hat. Ohne eine grundlegende Erneuerung müsste der Sporthallenstandort perspektivisch geschlossen werden. Mit der nun zugesagten Förderung ist ein entscheidender Schritt getan, um den Standort in Mehlmiesel als lebendigen Mittelpunkt der Gemeinde zu erhalten und weiterzuentwickeln.“*



Zum Hintergrund: Die bestehende Kleinsporthalle stammt aus dem Jahr 1960 und wurde seitdem nicht grundlegend saniert.

„Eine reine Sanierung würde den heutigen Anforderungen der Gemeinde nicht mehr gerecht werden. Wir brauchen eine Lösung, die Sport, Schule und Gemeinschaft gleichermaßen im Blick hat“, so Launert. Der geplante Ersatzneubau sichert dabei nicht nur den Schulstandort Mehlmiesel, sondern schafft zugleich eine moderne und funktionale Verbindung zum bereits errichteten Sanitär- und Umkleidegebäude.

Besonders wichtig ist das Projekt für das gesellschaftliche Leben vor Ort. Denn bisher fehlt in der Gemeinde eine größere öffentliche Versammlungsstätte beziehungsweise Mehrzweckhalle.

„Die Halle ist weit mehr als ‚nur‘ ein Ort für den Sport. Sie ist ein Treffpunkt für Vereine, für kulturelle Veranstaltungen und für das gemeinschaftliche Leben insgesamt. Umso wichtiger ist die heute getroffene Entscheidung des Bundes, hier einen Beitrag zu leisten“, betont die CSU-Abgeordnete abschließend.



@silkelauert



@launertsilke



www.silke-launert.de

BERICHT AUS BERLIN

5,3 Millionen Euro gehen nach Weißenhohe für die Sanierung des Benediktinerklosters



Berlin/Landkreis Forchheim. Geschafft. Silke Launert, CSU-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt, hat sich lange eingesetzt und jetzt hat es sich für die Gemeinde Weißenhohe bezahlt gemacht: Im April wurde vom Büro des Kulturstatsministers Wolfram Weimer der Zuwendungsbescheid über die Förderung der Sanierung des Benediktinerklosters Weißenhohe verschickt.

„Ich freue mich sehr, dass das Engagement der vielen Beteiligten nun Früchte trägt. Denn sowohl für mich als auch für Bürgermeister Rudolf Braun, der nach 30 Jahren in Rente geht, Eduard Nöth, Vorsitzender des Fördervereins „Chorakademie des Fränkischen Sängerbundes im Benediktinerkloster Weißenhohe“ und den Gemeinderat von Weißenhohe handelt es sich dabei um ein Herzensprojekt“, so Launert.

Sie erzählt, dass die Ampelregierung das Thema ausgesessen habe: „**Erst waren viele Voraussetzungen nicht gegeben, doch dann hat alles gepasst und ich habe hier Druck gemacht, damit Fördermittel nach Weißenhohe fließen.**“

Zuerst hatte sie Sorge, dass wegen der aktuellen Sparmaßnahmen gerade an alten Projekten gespart werde. Silke Launert hatte Wolfram Weimer sogar im Aufzug deshalb angesprochen, als sie ihn zufälligerweise dort angetroffen hatte. „**Weil es mir halt wichtig war, dass Geld für das wunderschöne Benediktinerkloster eingestellt wird**“, sagt die Bundestagsabgeordnete und lacht. Somit erhält Weißenhohe eine Projektförderung in Höhe von 5,3 Millionen Euro: im Haushaltsjahr 2026 bis zu 265.000 Euro, in 2027 bis zu 2,65 Millionen Euro und in 2028 bis zu 2,385 Millionen Euro. Die Bundeszuwendung ist für die denkmalgerechte Sanierung und den Umbau des Prälatenbaus zur Chorakademie des Fränkischen Sängerbundes gedacht ohne eine externe Technikzentrale im Gästehaus.

BERICHT AUS BERLIN

Die neue Grundsicherung ist in Kraft

Berlin. Seit dem **1. Juli** gilt sie: die neue Grundsicherung. Mit der Reform setzt die unionsgeführte Bundesregierung ein zentrales Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um und stellt den Grundsatz **„Fördern und Fordern“** wieder in den Mittelpunkt. Das von der Ampel-Koalition in der vergangenen Legislaturperiode eingeführte Bürgergeld ist damit endgültig Geschichte.

Ein wesentlicher Bestandteil der Reform ist die Rückkehr zum **Vermittlungsvorrang**. **Künftig wird zunächst geprüft, ob eine direkte Aufnahme einer Beschäftigung möglich ist.** Erst wenn eine unmittelbare Vermittlung nicht erfolgversprechend ist, kommen Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zum Einsatz. Gerade für Menschen unter 30 Jahren gilt: Der schnellste Weg in Arbeit soll wieder im Mittelpunkt stehen.

Die neue Grundsicherung stärkt außerdem die **Eigenverantwortung der Leistungsbeziehenden**. Erwerbsfähige Personen sind verpflichtet, ihre Arbeitskraft im zumutbaren Umfang einzusetzen – mit dem klaren Ziel, den Lebensunterhalt möglichst vollständig wieder aus eigener Kraft zu bestreiten.

Auch bei Pflichtverletzungen gelten künftig deutlich verbindlichere Regeln. Wer beispielsweise einen Termin beim Jobcenter versäumt, muss ab dem zweiten Verstoß mit einer Kürzung der Geldleistungen um **30 Prozent** rechnen.

Bei einem dritten Verstoß kann der Leistungsanspruch in letzter Konsequenz vollständig entfallen – einschließlich der Kosten für die Unterkunft. Gleichzeitig erhalten die Jobcenter mehr Handlungsspielraum, um Leistungen gezielter einzusetzen und Missbrauch konsequenter zu verhindern.

Eine weitere Änderung betrifft das **Schonvermögen**: Die bisherige einjährige Karenzzeit entfällt. **Künftig richtet sich die Höhe des geschützten Vermögens nach dem Lebensalter.**

Silke Launert: „Wir stellen die richtigen Grundsätze wieder her: Arbeit hat Vorrang vor Transferleistungen, Fördern und Fordern gehören untrennbar zusammen. Mitwirkung ist verpflichtend – und Pflichtverletzungen bleiben nicht folgenlos. Unsere Leitlinie ist klar: Wer arbeiten kann, muss arbeiten – wer Hilfe braucht, erhält sie.“

Aus für das Habeck'sche Heizungsgesetz – mehr Freiheit beim Heizungstausch

Berlin. **Mit dem neuen Gebäudemodernisierungsgesetz gehört das Heizungsgesetz der Ampel der Vergangenheit an.** An die Stelle starrer Vorgaben treten technologieoffene, praxistaugliche und deutlich einfachere Regelungen. **Eigentümer erhalten endlich wieder mehr Entscheidungsfreiheit bei der Wahl ihrer Heiztechnik.** Die bisher geltenden detaillierten Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes werden deutlich vereinfacht. **Die Vorgabe eines pauschalen Anteils von mindestens 65 Prozent erneuerbarer Energien bei der Wärmeversorgung für alle Neu- und Bestandsbauten fällt weg. Hauseigentümer können künftig wieder frei zwischen verschiedenen Technologien wählen – darunter Wärmepumpen, Fernwärme, Hybridheizungen, Biomasse sowie weiterhin Gas- und Ölheizungen.**



Zur Sicherung der Klimaschutzziele sieht das Gesetz vor, dass Gas- und Ölheizungen ab 2029 einen **zunehmenden Anteil kohlendioxid-neutraler Brennstoffe nutzen (sog. Bio-Treppe)**. Auch Mieter profitieren von den Neuregelungen. Sie werden besser vor unverhältnismäßig hohen Nebenkosten geschützt, die durch unwirtschaftliche Heizsysteme entstehen könnten. Darüber hinaus setzt das Gesetz die Vorgaben der europäischen Gebäuderichtlinie eins zu eins in deutsches Recht um – ohne zusätzliche nationale Verschärfungen.

BERICHT AUS BERLIN

Bundestag verabschiedet Reform der Krankenversicherung – für stabile Beiträge und eine starke Gesundheitsversorgung



Bild: Deutscher Bundestag / Thomas Koehler

Berlin. Die Zahlen sind eindeutig: Die gesetzliche Krankenversicherung steht vor immensen finanziellen Herausforderungen. Seit Jahren steigen die Ausgaben deutlich schneller als die Einnahmen. Damit ist klar: Ohne Gegensteuern würden die Krankenkassenbeiträge immer weiter in die Höhe schnellen – mit spürbaren Folgen für Arbeitnehmer, Familien und Unternehmen. **So würde sich laut den Berechnungen der Finanzkommission Gesundheit die Finanzierungslücke bereits 2027 auf rund 15 Milliarden Euro belaufen. Bis 2030 würde sie sogar auf mehr als 40 Milliarden Euro anwachsen.**

Mit dem jetzt von der schwarz-roten Regierungskoalition beschlossenen GKV-Stabilisierungsgesetz wird diese Entwicklung gebremst. **Ziel ist es, die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung wieder auf ein solides Fundament zu stellen und die Beiträge langfristig stabil zu halten.** Dazu werden die Ausgaben an den tatsächlichen Einnahmen ausgerichtet, Bürokratie reduziert und Beitragsgelder gezielter eingesetzt. **Leistungen ohne nachgewiesenen medizinischen Nutzen werden künftig nicht mehr finanziert.** Das schafft Spielraum für das Wesentliche: eine gute und bezahlbare Gesundheitsversorgung.

Wie wichtig diese Reform ist, zeigt ein einfaches Beispiel: Wer 2.500 Euro brutto im Monat verdient, zahlt heute bereits rund **435 Euro** für die gesetzliche Krankenversicherung. Ohne Reform hätte dieser Betrag in wenigen Jahren auf **deutlich über 500 Euro** steigen können – und das mit steigender Tendenz.

Im parlamentarischen Verfahren konnten noch einige wichtige Verbesserungen erreicht werden. Ein besonderes Anliegen war der Schutz von Familien. **So bleibt die beitragsfreie Mitversicherung für Ehegatten und Lebenspartner erhalten, solange Kinder unter zwölf Jahren betreut werden. Auch Eltern von Kindern mit Behinderung, Menschen im Rentenalter, Erwerbsgeminderte und pflegende Angehörige profitieren von Ausnahmeregelungen. Chronisch Kranke werden weiterhin besonders geschützt und müssen auch künftig höchstens ein Prozent ihres Bruttoeinkommens für Zuzahlungen aufbringen.**

Zusätzlich beteiligt sich der Bund künftig stärker an den Gesundheitskosten für Empfänger von Grundsicherung. Gleichzeitig fällt die Kürzung des allgemeinen Bundeszuschusses geringer aus als ursprünglich geplant. Das stärkt die Finanzierung der Krankenkassen zusätzlich.

„Die Reform verlangt allen Beteiligten einiges ab. Aber die Zahlen zeigen ganz deutlich: Wegschauen war keine Option. Ohne Reform wären die Beiträge immer weiter gestiegen – und das hätte am Ende alle getroffen. Deshalb war es wichtig, jetzt zu handeln“, betonte die Bayreuther Bundestagsabgeordnete **Dr. Silke Launert.**

Mit einem Einsparvolumen von **rund 19 Milliarden Euro allein im kommenden Jahr** ist das Gesetz **eines der größten Reformpakete der vergangenen Jahre.**

Nähere Informationen zu den beschlossenen Maßnahmen finden sich unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/gesundheitsreform-kabinett-2425916>

BERICHT AUS BERLIN

Bundestag setzt Zeichen: Keine Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung im Jahr 2026

Berlin. Der Deutsche Bundestag hat beschlossen, die für dieses Jahr vorgesehene Anpassung der Abgeordnetenentschädigung auszusetzen. Der entsprechende Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD wurde einstimmig verabschiedet. **Damit verzichten die Bundestagsabgeordneten auf die eigentlich zum 1. Juli 2026 vorgesehene Erhöhung ihrer Bezüge.**

Grundsätzlich richtet sich die Höhe der Abgeordnetenentschädigung nach der Entwicklung der Nominallöhne in Deutschland. Dieses seit 2014 geltende Verfahren sieht eine jährliche automatische Anpassung vor. Für 2026 hätte dies eine Erhöhung um 4,2 Prozent bedeutet.

Angesichts der angespannten wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie der zusätzlichen Belastungen durch die internationale Krisensituation haben sich die Koalitionsfraktionen jedoch bewusst für eine Ausnahme entschieden. Ziel ist es, ein deutliches Signal der Verantwortung und Solidarität zu setzen. Gerade in Zeiten, in denen viele Bürgerinnen und Bürger mit steigenden Belastungen konfrontiert sind, soll auch die Politik ihren Beitrag leisten, so die schwarz-rote Regierungskoalition.

Vier Milliarden Euro zusätzlich für Länder und Kommunen

Berlin. Leistungsfähige Städte, Gemeinden und Landkreise sind das Fundament eines funktionierenden Staates. **Mit dem sogenannten Länder- und Kommunalentlastungsgesetz stellt der Bund deshalb in dieser Wahlperiode zusätzlich zu den bereits beschlossenen Unterstützungsmaßnahmen nochmals vier Milliarden Euro für Länder und Kommunen bereit.**

Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Unterstützung finanzschwacher Flächenländer. Sie erhalten jährlich 250 Millionen Euro, um überschuldete Kommunen beim Abbau ihrer Kassenkredite zu unterstützen und ihnen wieder mehr finanziellen Handlungsspielraum zu verschaffen.



Versorgungssicherheit beim Strom langfristig sichern

Berlin. Eine sichere Stromversorgung bleibt Voraussetzung für einen starken Wirtschaftsstandort und den Alltag der Menschen. **Mit dem Gesetz zur Sicherung der Versorgungssicherheit stellt die unionsgeführte Regierungskoalition sicher, dass ab Anfang der 2030er Jahre keine Versorgungslücke entsteht, wenn Wind und Sonne nicht ausreichend Strom liefern.**

Durch das neue Gesetz schafft Schwarz-Rot den Rahmen für die Ausschreibung von sicher verfügbaren Kapazitäten, insbesondere **Gaskraftwerken**, aber auch Speichern. Noch in diesem Sommer soll die erste Ausschreibungsrunde starten. **Ab 2032 wird dann ein vollständiger Kapazitätsmarkt eingeführt.**

BERICHT AUS BERLIN

Grenzkontrollen zeigen Wirkung



Berlin. Die von der Bundesregierung verstärkten Grenzkontrollen zeigen deutliche Erfolge. Seit dem Amtsantritt von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt wurden bis Ende Mai 2026 rund 50.000 unerlaubte Einreisen nach Deutschland festgestellt. In nahezu 37.000 Fällen erfolgte eine unmittelbare Zurückweisung an der Grenze oder im direkten Zusammenhang mit einem illegalen Grenzübertritt.

Die Zahlen machen deutlich, dass die ergriffenen Maßnahmen konsequent umgesetzt werden. Monatlich werden derzeit zwischen 3.000 und 4.000 Personen an der unerlaubten Einreise gehindert. Gleichzeitig ist auch bei den Asylzahlen ein klarer Rückgang zu verzeichnen: Im ersten Quartal 2026 wurden 38 Prozent weniger Asylersuchen gestellt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Für die Union bestätigen diese Entwicklungen, dass die nationalen Maßnahmen zur Begrenzung irregulärer Migration sehr wirksam sind.

Auch auf europäischer Ebene wurden wichtige Fortschritte erzielt. Die unionsgeführte Bundesregierung hatte sich vehement dafür eingesetzt, die Rückführung von Personen ohne Bleiberecht konsequenter zu gestalten. Mit den jüngsten Entscheidungen der Europäischen Union wurde der Weg für die Einrichtung von Abschiebezentren in Drittstaaten nun geebnet. Damit sollen Rückführungen künftig effektiver organisiert und bestehende Ausreisepflichten besser durchgesetzt werden.

Lücke im Aufenthaltsrecht geschlossen: Scheinvaterschaften künftig wirksamer verhindern

Berlin. Mit einem neuen Gesetz stärkt der Deutsche Bundestag die Integrität des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechts. Ziel ist es, missbräuchliche Anerkennungen der Vaterschaft künftig wirksamer zu verhindern und damit eine seit vielen Jahren bekannte Regelungslücke zu schließen.

Die zuständigen Behörden beobachten bereits seit langer Zeit Fälle, in denen die Anerkennung einer Vaterschaft nicht aus familiären Gründen erfolgt, sondern vor allem dazu dient, aufenthaltsrechtliche Vorteile zu erlangen. Dabei erkennen Männer mit deutscher Staatsangehörigkeit oder einem unbefristeten Aufenthaltsrecht die Vaterschaft für ein ausländisches Kind an, obwohl keine tatsächliche familiäre Beziehung besteht. Durch die Anerkennung kann das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. In der Folge kann daraus dann ein Aufenthaltsrecht auch für die drittstaatsangehörige Mutter erwirkt werden.

Das nun beschlossene Gesetz schafft hier mehr Rechtssicherheit und sorgt für klare Verhältnisse. Künftig gilt: Bestehen konkrete Anhaltspunkte für einen Missbrauch, wird die Anerkennung der Vaterschaft erst wirksam, wenn die zuständige Ausländerbehörde zuvor zugestimmt hat. Liegt diese Zustimmung nicht vor, darf das Standesamt die Vaterschaftsanerkennung nicht eintragen.

Gleichzeitig stellt die Neuregelung sicher, dass echte familiäre Bindungen geschützt bleiben. Ausnahmen sind vorgesehen, beispielsweise wenn die biologische Vaterschaft feststeht oder wenn zwischen dem anerkennenden Vater und der Mutter bereits über längere Zeit eine familiäre Lebensgemeinschaft besteht.

BERICHT AUS BERLIN

Für mehr Sicherheit: Bundespolizei erhält zeitgemäße Befugnisse – Silke Launert: Ein starker Rechtsstaat muss handlungsfähig sein!

Berlin. Der Deutsche Bundestag hat die Reform des Bundespolizeigesetzes beschlossen und damit die rechtlichen Grundlagen der Bundespolizei erstmals seit mehr als 30 Jahren grundlegend modernisiert. Ziel der Neuregelung ist es, die Bundespolizei besser auf die heutigen Sicherheitsanforderungen vorzubereiten und ihr zeitgemäße Instrumente für den Schutz der Bevölkerung an die Hand zu geben.

„Kriminelle nutzen heute modernste Technologien und gehen immer professioneller vor. Deshalb muss auch unser Rechtsstaat mit der Zeit gehen und den Sicherheitsbehörden die notwendigen Befugnisse an die Hand geben“, betont die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Silke Launert.



Zu den wichtigsten Neuerungen zählen **verdachtsunabhängige Kontrollen in Messerverbotzonen, erweiterte Möglichkeiten zur Abwehr von Drohnen** sowie der **Einsatz automatisierter Videotechnik an Bahnhöfen und Flughäfen**. Darüber hinaus erhält die Bundespolizei die Befugnis zur **Telekommunikationsüberwachung, einschließlich der Quellen-Telekommunikationsüberwachung zum Zwecke der Gefahrenabwehr**, sowie die Befugnis für **Haftanträge von vollziehbar Ausreisepflichtigen**.

Für Launert ist die Reform ein wichtiger Schritt für einen handlungsfähigen Rechtsstaat:

„Die Sicherheit der Menschen hat oberste Priorität. Unsere Bundespolizei leistet täglich einen herausragenden Dienst. Mit der Reform erhält sie die rechtlichen Voraussetzungen, um ihre anspruchsvolle Arbeit auch unter den Bedingungen neuer Bedrohungslagen wirksam erfüllen zu können.“

BERICHT AUS BERLIN

Indienststellung der dritten Einsatzhundertschaft der Bundespolizei – Silke Launert: „Dies ist ein starkes Zeichen des Vertrauens in den Standort Bayreuth.“

Berlin/Bayreuth. Die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert hat im Rahmen der feierlichen Indienststellung die neue dritte Einsatzhundertschaft der Bundespolizeiabteilung Bayreuth als wichtigen Meilenstein für den Standort Bayreuth und die Sicherheitsarchitektur Deutschlands gewürdigt.

„Die neue Einsatzhundertschaft ist ein starkes Zeichen des Vertrauens in den Standort Bayreuth und ein wichtiger Impuls für die Leistungsfähigkeit unserer Bundespolizei sowie für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger“, erklärte die CSU-Abgeordnete.

Die Einrichtung der zusätzlichen Einsatzhundertschaft ist das Ergebnis eines langjährigen gemeinsamen Engagements zahlreicher Beteiligter auf behördlicher und politischer Ebene. Auch Silke Launert hat den Prozess über mehrere Jahre hinweg im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit begleitet und unterstützt.

„Es freut mich sehr, dass sich das kontinuierliche Dranbleiben und die intensive Arbeit aller Beteiligten nun ausgezahlt haben. Bayreuth hat sich diesen Vertrauensbeweis verdient“, betonte die CSU-Abgeordnete.

Mit seiner zentralen Lage in Deutschland und den hervorragend ausgebildeten Einsatzkräften sei der Standort Bayreuth ein unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitsstruktur des Bundes. Die neue Einsatzhundertschaft stärke nicht nur die Einsatzfähigkeit der Bundespolizei, sondern erhöhe zugleich die Sicherheit in der Region und weit darüber hinaus.

Besonders hob Launert die Leistungen der Polizistinnen und Polizisten hervor:

„Mich beeindruckt die Bereitschaft unserer Einsatzkräfte, Verantwortung zu übernehmen und dabei auch erhebliche persönliche Risiken einzugehen. Dieser Dienst verlangt den Beamtinnen und Beamten körperlich wie psychisch viel ab. Dafür verdienen sie unseren höchsten Respekt und unsere Anerkennung.“

Ihr ausdrücklicher Dank gelte dabei auch den Familien und Angehörigen der Einsatzkräfte. **„Sie tragen die Belastungen des Berufs mit, verzichten oft auf gemeinsame Zeit und geben den notwendigen Rückhalt für diesen anspruchsvollen Dienst. Dieser Beitrag bleibt häufig im Hintergrund, ist aber von unschätzbarem Wert.“**

Abschließend hob Launert hervor: **„Die neue Einsatzhundertschaft ist weit mehr als eine organisatorische Verstärkung. Sie ist ein Sicherheitsversprechen für unsere Region und für ganz Deutschland. Herzlichen Glückwunsch an die Bundespolizei Bayreuth – und vor allem: Vielen Dank für den täglichen Einsatz im Dienst unserer Gesellschaft.“**



BERICHT AUS BERLIN

Bundestag beschließt „Infrastruktur-Zukunftsgesetz



© Deutscher Bundestag / Werner Schüring

Berlin. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Grundlage für einen starken Wirtschaftsstandort und für einen funktionierenden Alltag der Menschen. Mit dem beschlossenen **Infrastruktur-Zukunftsgesetz** wird nun ein wichtiger Schritt gemacht, um die Sanierung, den Ausbau und den Neubau von Straßen, Schienen und Wasserstraßen deutlich schneller voranzubringen.

Bisher haben langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren wichtige Infrastrukturprojekte häufig ausgebremst.

Das neue Gesetz setzt deshalb auf Vereinfachung, Digitalisierung und mehr Tempo. **Verfahren werden verschlankt, unnötige Doppelungen abgeschafft und Planfeststellungsverfahren künftig vollständig digital durchgeführt.**

Ein besonders wichtiger Punkt: **Zentrale Verkehrsinfrastrukturprojekte werden künftig als „im überragenden öffentlichen Interesse“ eingestuft. Damit erhalten sie bei Abwägungsentscheidungen ein größeres Gewicht und können schneller umgesetzt werden.** Gerade angesichts des erheblichen Sanierungs- und Modernisierungsbedarfs ist das ein wichtiger Schritt. Auch beim Ausgleich zwischen Infrastrukturprojekten und Umweltbelangen schafft das Gesetz mehr Klarheit. Künftig werden Naturkompensation und Ersatzgeld gleichgestellt. Dadurch können Konflikte schneller gelöst und Projekte effizienter umgesetzt werden.

„Deutschland braucht eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur. Dafür müssen wir schneller werden – bei Planung, Genehmigung und Umsetzung“, erklärt die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt **Dr. Silke Launert**.

Digitale Fluggastabfertigung: Weniger Wartezeit, mehr Komfort am Flughafen

Berlin. Wer künftig von einem deutschen Flughafen startet, soll schneller und komfortabler ans Ziel kommen.

Mit dem Gesetz zur **digitalen Fluggastabfertigung** hat der Bundestag noch vor der parlamentarischen Sommerpause die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, die Abläufe an Flughäfen deutlich zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Künftig können Fluggesellschaften – mit Zustimmung der Reisenden – bestimmte Daten aus dem Chip des Personalausweises oder Reisepasses für den digitalen Check-in nutzen. **Nach einer einmaligen Identifizierung per Foto können Passagiere anschließend Stationen wie Check-in, Gepäckaufgabe, Sicherheitskontrolle und Boarding mithilfe einer Gesichtserkennung passieren, ohne ihre Ausweisdokumente jedes Mal erneut vorzeigen zu müssen.**



Die Nutzung des neuen Verfahrens bleibt freiwillig. Wer die digitale Fluggastabfertigung nicht nutzen möchte, kann auch weiterhin die klassische Abfertigung wählen.

„Mit der digitalen Fluggastabfertigung reduzieren wir Bürokratie, verkürzen Wartezeiten und stärken gleichzeitig den Luftverkehrsstandort Deutschland“, so die Bayreuther Bundestagsabgeordnete **Dr. Silke Launert**.

Nach Schätzungen können jährlich rund **1,1 Millionen Stunden Wartezeit eingespart** werden. Gleichzeitig werden die Fluggesellschaften um rund **63 Millionen Euro pro Jahr entlastet.**

BERICHT AUS BERLIN

Kindergeld künftig ohne Antrag

Berlin. Für viele Familien wird der Start ins Familienleben künftig deutlich einfacher. Mit dem vonseiten des Deutschen Bundestages noch vor der Sommerpause verabschiedeten antragslosen Kindergeld entfällt in den meisten Fällen der bürokratische Aufwand, einen Antrag stellen zu müssen.

Ab März 2027 wird das Kindergeld für Geburten ab dem zweiten Kind automatisch ausgezahlt. Ab Herbst 2027 soll die Regelung dann auch auf Erstgeborene ausgeweitet werden. Voraussetzung ist, dass das Kind seinen Wohnsitz in Deutschland hat und mindestens ein Elternteil hier erwerbstätig ist. **Wer das Kindergeld von Anfang an unkompliziert erhalten möchte, hat die Möglichkeit, seine IBAN bereits vor der Geburt per Elster oder über seine Bank beim Bundeszentralamt für Steuern zu hinterlegen.** So kann das Kindergeld nach der Geburt ohne Verzögerung ausgezahlt werden. Gerade in den ersten Wochen nach der Geburt bedeutet das eine spürbare Entlastung.



BAföG-Reform kommt

Berlin. Gute Nachrichten für Schülerinnen, Schüler, Auszubildende und Studierende: Die Koalitionsfraktionen haben sich auf eine umfassende Reform des BAföG verständigt. Die geplanten Verbesserungen sollen **zum Sommersemester 2027 greifen** und werden nun in das weitere Gesetzgebungsverfahren eingebracht.

Ein zentraler Bestandteil der Reform ist die geplante **Erhöhung der Fördersätze**. So soll die **Wohnkostenpauschale** für Studierende und Auszubildende, die nicht mehr bei ihren Eltern wohnen, von derzeit **380 Euro auf 440 Euro pro Monat** steigen. Auch der **Grundbedarf** für Studierende soll **schrittweise angehoben** werden: Zum Wintersemester 2027/28 ist eine Erhöhung auf **503 Euro** vorgesehen, zum Sommersemester 2029 auf **563 Euro**.

Darüber hinaus sollen die Einkommensgrenzen künftig verlässlicher angepasst werden. Geplant ist, die Freibeträge ab dem Schuljahresbeginn beziehungsweise Wintersemester 2028/29 jährlich automatisch um **1,5 Prozent** anzuheben. Zusätzlich soll es künftig eine transparente Regelung zur regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Fördersätze geben.

Neben den finanziellen Verbesserungen steht auch die Modernisierung des BAföG im Mittelpunkt. Die Antragstellung soll **einfacher, digitaler und nutzerfreundlicher** werden. Gleichzeitig wird Bürokratie abgebaut: Vorgesehen ist, dass der Leistungsnachweis ab dem fünften Fachsemester künftig entfällt. Die vereinbarte BAföG-Erhöhung soll Ende Juli vom Bundeskabinett verabschiedet werden und dann ins parlamentarische Verfahren gehen.

BERICHT AUS BERLIN

Reparieren statt Wegwerfen: Bundestag verabschiedet Recht auf Reparatur

Berlin. Defekte Produkte sollen künftig häufiger repariert und länger genutzt werden können. Der Deutsche Bundestag hat hierfür das Gesetz zur Umsetzung des europäischen **Rechts auf Reparatur** beschlossen und damit neue Anreize geschaffen, defekte Waren nicht vorschnell durch neue zu ersetzen.

Die verabschiedeten Regelungen stärken Verbraucherinnen und Verbraucher, schonen Ressourcen und unterstützen gleichzeitig Reparaturbetriebe vor Ort. Reparaturen sollen einfacher, transparenter und attraktiver werden. **Entscheiden sich Verbraucher im Rahmen der Gewährleistung etwa für eine Reparatur, verlängert sich die Gewährleistungsfrist künftig um zwölf Monate.** Zudem werden Hersteller bestimmter Produkte verpflichtet, Reparaturen auch nach Ablauf der Gewährleistungsfrist zu angemessenen Bedingungen anzubieten.

„Reparieren statt wegwerfen ist nachhaltig und wirtschaftlich sinnvoll. Mit dem Recht auf Reparatur stärken wir Verbraucher, unterstützen das Handwerk und leisten einen wichtigen Beitrag zum Schutz unserer Ressourcen“, erklärt die Bayreuther Bundestagsabgeordnete **Dr. Silke Launert**.

Gleichzeitig war es der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wichtig, dass die neuen Vorgaben praktikabel bleiben und insbesondere kleine und mittelständische Betriebe von den neuen Möglichkeiten profitieren können. Gerade bei komplexen Produkten wie Kraftfahrzeugen gibt es besondere Herausforderungen. Deshalb wurde im parlamentarischen Verfahren noch ein **Entschließungsantrag** eingebracht und damit erreicht, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für **mehr Flexibilität** bei künftigen Regelungen einsetzt. Ziel ist es, differenzierte Lösungen zu ermöglichen, die den Besonderheiten von Fahrzeugen und vergleichbar komplexen Produkten gerecht werden.

Mehr Schutz für Unfallopfer – Neue Regeln für E-Scooter

Berlin. E-Scooter gehören inzwischen selbstverständlich zum Straßenbild. Mit neuen Haftungsregeln werden nun auch die Rechte von Unfallopfern deutlich gestärkt.

Künftig gelten für Elektrokraftfahrzeuge dieselben bewährten Haftungsgrundsätze wie für andere Kraftfahrzeuge. Durch die Einführung einer **verschuldensunabhängigen Halterhaftung** und der daraus ebenfalls folgenden **Haftung des Fahrzeugführers aus vermutetem Verschulden** können Geschädigte ihre Schadenersatzansprüche einfacher durchsetzen.

Die Neuregelung schließt eine bisher bestehende Schutzlücke und sorgt für mehr Gerechtigkeit im Straßenverkehr – zum besseren Schutz aller Verkehrsteilnehmer.



BERICHT AUS BERLIN

Jugend und Parlament 2026



Berlin. Jedes Jahr erhalten Jugendliche aus ganz Deutschland die Möglichkeit, für mehrere Tage in die Rolle von Bundestagsabgeordneten zu schlüpfen. Beim Planspiel „Jugend und Parlament“ des Deutschen Bundestags erleben sie hautnah, wie parlamentarische Arbeit funktioniert: Sie erarbeiten Gesetzentwürfe in Ausschüssen, diskutieren im Plenum und nehmen an Fraktionssitzungen teil – ganz wie die echten Abgeordneten im Bundestag.

Dafür werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in drei fiktive Fraktionen eingeteilt. Dort übernehmen sie verschiedene Aufgaben und Ämter – vom Fraktionsvorsitz bis zum Vorsitz eines Ausschusses. Ein besonderes Highlight ist dabei auch der Zugang zum Plenarsaal des Bundestages, den die Jugendlichen während des Planspiels nutzen dürfen.

In diesem Jahr hatte der 18-jährige **Diego Kohrmann aus Ebermannstadt** die Gelegenheit, an dem Programm teilzunehmen. Gemeinsam mit rund 250 weiteren Jugendlichen durfte er vier Tage den Alltag erleben. Der Schüler engagiert sich bereits seit mehreren Jahren kommunalpolitisch sowie in der Schüler Union. Seit einem Jahr gehört er zudem dem Gemeinderat an. Die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert freute sich sehr über seinen Besuch und betonte: **„Vielen Dank für Deinen Besuch und Dein Engagement, lieber Diego!“**

Die Astrokids im BMFTR

Berlin. Sterne, Planeten und Galaxien faszinieren viele Kinder und Jugendliche. Umso mehr freute sich Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Silke Launert, Ende Juni die „Astrokids“ im Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt begrüßen zu dürfen. Die Astrokids sind Kinder und Jugendliche im Alter von fünf- bis fünfzehn Jahren, die sich für Astronomie und Raumfahrt interessieren. Gemeinsam mit ihren Familien sowie ihren Patinnen und Paten (Studenten aus der Luft- und Raumfahrt) waren sie zu Gast im Ministerium. Ein besonderer Hingucker waren die Raumfahrtanzüge der jungen Besucherinnen und Besucher. Außerdem brachten sie den humanoiden Bildungsroboter „pib“ mit – ein Open-Source-Projekt aus Nürnberg, das zeigt, wie innovativ und zugleich zugänglich Zukunftstechnologien sein können.



Für Dr. Silke Launert ist das Projekt ein gelungenes Beispiel dafür, wie wichtig es ist, Kinder und Jugendliche früh für Wissenschaft, Forschung und Technologie zu begeistern. **Wer neugierig sein dürfe, Fragen stelle und selbst ausprobieren könne, entwickle Freude am Entdecken und den Mut, die Zukunft aktiv mitzugestalten. Genau diese Begeisterung brauche es, um auch künftig kluge Köpfe für Forschung, Innovation und neue Technologien zu gewinnen.**

BERICHT AUS BERLIN

Delegationsreise nach Polen

Berlin/Warschau. Die deutsch-polnischen Beziehungen sind von großer Bedeutung – nicht nur für beide Länder, sondern für ganz Europa. Gerade die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung leistet einen wichtigen Beitrag zur Verständigung und zum gemeinsamen Fortschritt. Seit mittlerweile 15 Jahren engagiert sich die **Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung** für die Förderung gemeinsamer Forschungsprojekte und den wissenschaftlichen Austausch zwischen beiden Ländern.

Anlässlich der **30. Kuratoriumssitzung der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung** reiste die Parlamentarische Staatssekretärin und Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert gemeinsam mit dem neu gewählten Vorstandsvorsitzenden und Staatsminister Florian Hahn nach Warschau. Silke Launert ist Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung. Gemeinsam wollten sie im Rahmen ihrer Funktionen in der Sitzung einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten.

Neben der Kuratoriumssitzung rundeten zahlreiche weitere Gespräche und Begegnungen das umfassende Programm in Warschau ab. Unter anderem traf die Bundestagsabgeordnete und Staatssekretärin den **Vizepräsidenten des Wissenschaftsministeriums Prof. Andrzej Szeptycki** zum Gespräch über das Weimarer Dreieck und das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizon Europe. Ebenso stand ein Austausch mit **Wissenschaftlern der Polnischen Akademie der Wissenschaften** auf dem Programm.

Am zweiten Tag besuchte die Delegation das **Deutsche Historische Institut in Warschau** sowie die **Technische Universität Warschau**. Im Mittelpunkt aller Gespräche standen die wissenschaftliche Zusammenarbeit, der Austausch zwischen den Forschungseinrichtungen sowie die Stärkung gemeinsamer Projekte. Besonders bewegend war der abschließende **Besuch des Museums des Warschauer Aufstands** – „*Ein wichtiges Museum, von dem alle lernen sollten.*“

Für Dr. Silke Launert zeigte die Reise einmal mehr, wie wichtig die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen ist. Wissenschaftliche Kooperation sei eine tragende Säule der deutsch-polnischen Beziehungen und leiste einen wichtigen Beitrag dazu, Vertrauen zu stärken, Innovationen voranzubringen und Europa gemeinsam zukunftsfähig zu gestalten.



@silkelanert



@launertsilke



www.silke-launert.de

BERICHT AUS OBERFRANKEN

Frauennetzwerktreffen in Nürnberg und Bayreuth

Nürnberg/Bayreuth. In der dritten Juniwoche fanden gleich zwei Frauen-Netzwerktreffen statt - am Donnerstag in Nürnberg und am Freitag in Bayreuth.

Den Auftakt machte die Veranstaltung „**The other conversation**“ im Nürnberger Palais Milchhof. Unter dem Motto „**Roots & Wings**“ tauschten sich die Teilnehmerinnen über ihre Lebenswege, ihre beruflichen Erfahrungen und über Herausforderungen aus, denen sie begegnet sind. Die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert freute sich, als **Schirmherrin** an der Veranstaltung teilnehmen zu dürfen und ein Grußwort zu halten.

Einen Tag später hatte die Frauen-Union des Kreisverbandes Bayreuth-Stadt zu einem weiteren Netzwerktreffen in Engin's Ponte eingeladen. Frauen aus unterschiedlichsten Berufs- und Lebensbereichen kamen zusammen, um miteinander ins Gespräch zu kommen, Erfahrungen auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen. Es wurde erneut deutlich: Man kann generationsübergreifend viel voneinander lernen, sich gegenseitig unterstützen und Erfahrungen teilen. Ein großes Dankeschön gilt daher Dr. Iris Hoffmann und Katharina Younce mit ihrem Team in Nürnberg sowie Sabine Kerner, Jutta Bühl und Julia Höhmann mit ihrem Team in Bayreuth für die Organisation der Treffen.



Erster Oberfränkischer Innovationskongress in Thurnau

Thurnau. Am 17. Juni fand im Schloss Thurnau erstmals der Oberfränkische Innovationskongress statt. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Bezirkstagspräsident Henry Schramm, der zugleich Vorsitzender von Oberfranken Offensiv ist. Auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert nahm an dem Kongress teil. Rund 150 Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunalpolitik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft kamen zusammen, um über die **Zukunft Oberfrankens als Innovationsregion** zu sprechen. Im Mittelpunkt standen die Fragen, wie Innovationen gefördert, neue Ideen entwickelt und die Wettbewerbsfähigkeit der Region langfristig weiter gestärkt werden können. Zu den Gästen gehörten unter anderem auch der Präsident der Universität Bamberg, Prof. Dr. Kai Fischbach, sowie Prof. Dr. Ute Schmid von der Universität Bamberg, Johannes Kleskle, Daniela Schröder, Dr. Olaf Arndt und Regierungspräsident Florian Luderschmid.

Dr. Silke Launert betonte, dass Oberfranken über viele Stärken verfüge: gute Hochschulen, innovative Unternehmen, engagierte Handwerksbetriebe und einen starken Mittelstand. Entscheidend sei es, diese Potenziale gemeinsam zu nutzen: **„Wenn Wissenschaft, Wirtschaft und Handwerk ihre Stärken verbinden, entstehen Ideen, die Arbeitsplätze sichern, Wohlstand schaffen und unsere Region voranbringen.“** Oberfranken habe beste Voraussetzungen, sich auch künftig erfolgreich weiterzuentwickeln.



@silkelanert



@launertsilke



www.silke-launert.de

BERICHT AUS OBERFRANKEN

Regionalkonferenz der EVP-Fraktion in Thurnau

Thurnau. Anfang Juli fand in Thurnau die Regionalkonferenz der EVP-Fraktion zum **Thema „Sicherheit und Migration“** statt. Neben Teilnehmern wie dem oberfränkischen Polizeipräsidenten Armin Schmelzer kamen auch Politikerinnen und Politiker der Unions-Familie aus Europa, Bund und Ländern zusammen, um über aktuelle Herausforderungen und gemeinsame Lösungsansätze zu diskutieren. Die CDU und CSU-Abgeordneten sind Teil der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Zu den Teilnehmern gehörten der EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber, Europaabgeordnete Monika Hohlmeier, die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesinnenministerium Daniela Ludwig, die Bundestagsabgeordnete Emmi Zeulner, die Generaldirektorin für Inneres und Migration der EU-Kommission Beate Gminder, Michael Mallow vom Bayerischen Innenministerium, der sächsische Innenminister Armin Schuster sowie Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die das Schlusswort hielt.

In mehreren Diskussionsrunden, die vom Europaabgeordneten Oliver Schenk moderiert wurden, standen die Themen Innere Sicherheit und Migration im Mittelpunkt. Diskutiert wurde unter anderem über das **Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS)**, eine **konsequente Rückführung ausreisepflichtiger Personen** sowie die Frage, wie Europa seine **gemeinsamen Sicherheitsstrukturen** weiter stärken kann. Die Regionalkonferenz zeigte wieder einmal deutlich, wie wichtig der Austausch zwischen der europäischen, bundes-, landes- und kommunalpolitischen Ebene ist.



BERICHT AUS OBERFRANKEN

Bezirksversammlung der FU-Oberfranken

Töpen. Mitte Juni fand im oberfränkischen Töpen die Bezirksversammlung der Frauen-Union Oberfranken statt. Vor Ort war auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die zugleich Bezirksvorsitzende der FU-Oberfranken ist. Mit dabei war zudem Landtagsabgeordnete Melanie Huml. Im Anschluss an die Versammlung standen zwei Unternehmensbesuche an. Zunächst ging es zum Biofachhandel dennree, welches seinen Hauptsitz in Töpen hat und gleichzeitig Veranstaltungsort war. Danach besuchte die Gruppe das Outlet der Ernst Faber GmbH, das seit 1947 Strickmode produziert. Bei dem Besuch kamen auch der Bezirksvorsitzende der CSU Oberfranken, Martin Schöffel, und Landrat Oliver Bär hinzu. Natürlich blieb dabei Zeit zum Stöbern und die Teilnehmerinnen nahmen sich die ein oder andere Sache mit nach Hause.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Onlinekonferenz über Frauengesundheit der Frauen-Union

Bayreuth/Online. Unter der Fragestellung „*Wie können wir die Medizinforschung speziell für Frauen voranbringen?*“ tauschten sich Mitte Juni die Mitglieder der **FU-Projektgruppen „Familie & Frauen“** sowie „**Verbindungen leben – Netzwerke pflegen**“ im Rahmen einer Onlineveranstaltung aus. Auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die gemeinsam mit Barbara Gerl und Claudia Krüger-Werner eine der Leiterinnen der Projektgruppe ist, nahm an der Videokonferenz teil.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand, warum Frauen in der medizinischen Forschung lange Zeit zu wenig berücksichtigt wurden. Viele medizinische Studien wurden in der Vergangenheit überwiegend mit männlichen Probanden durchgeführt. Dies kann zu Wissenslücken bei der Diagnostik und Behandlung von Frauen führen. Das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt, in dem Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert zudem als Parlamentarische Staatssekretärin tätig ist, möchte dieses Thema künftig stärker angehen. Geplant sind eine bessere Beteiligung von Frauen an klinischen Studien, die Förderung weiterer Forschungsprojekte sowie eine gezieltere Datenerhebung. So werden insgesamt rund 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Fördergelder fließen unter anderem in die Erforschung von Erkrankungen wie Demenz, Krebs, Suchterkrankungen und Depressionen. Auch Themen wie Schlafstörungen, Rauchverhalten, Endometriose sowie die Entwicklung neuer Verhütungsmittel für alle Geschlechter werden erforscht. **Ziel sei es, Diagnostik, Prävention und Therapie für Frauen weiter zu verbessern und Gesundheitslücken zu schließen.**



WIE KÖNNEN WIR DIE MEDIZINFORSCHUNG SPEZIELL FÜR FRAUEN VORANBRINGEN?



Blaulichtkerwa in Pegnitz



Pegnitz. Am 13. und 14. Juni fand am Dianafelsen in Pegnitz die zweitägige Blaublichtkerwa statt. **Feuerwehr, Technisches Hilfswerk (THW)** und das **Bayerische Rote Kreuz** stellten dabei ihre Arbeit vor und gaben Einblicke in ihre Einsatzbereiche. Die Veranstaltung war gut besucht, inklusive einer Fahrzeug- und Ausrüstungsschau. Auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert nahm beim Blaublichtgottesdienst am Sonntag teil und hielt ein kurzes Grußwort.

Darin betonte sie, dass „Blaublicht“ für viele Menschen bedeute, dass Hilfe unterwegs sei. Es stehe für Verantwortung, für das Eingreifen in Notlagen und dafür, auch die eigene Gesundheit einzusetzen, wenn andere Hilfe benötigen. Umso wichtiger sei es, dass Einsatzkräfte bestmöglich unterstützt und ausgestattet würden. Sie verwies auf die Stärkung des Bevölkerungsschutzes durch die Bundesregierung, welche in moderne Ausrüstung, bessere Ausbildung, leistungsfähige Warnsysteme sowie mehr in Hilfs- und Rettungsorganisationen investiert. Einsatzkräfte müssten jederzeit gut ausgerüstet sein, so die CSU-Abgeordnete. Abschließend bedankte sie sich bei allen Einsatzkräften für ihre Arbeit und für die Einladung.



@silkelanert



@launertsilke



www.silke-launert.de

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Besichtigung der Freiwilligen Feuerwehr Glashütten



Glashütten. Anfang Juli besuchte die Frauen-Union Bayreuth Land die Freiwillige Feuerwehr in Glashütten. Anlass war die **Erkundung des neuen CBRN-Wagens**. Dieser wird künftig in Glashütten stationiert. Dabei handelt es sich um ein **Spezialfahrzeug des zivilen Katastrophenschutzes**, das bei chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Gefahrenlagen zum Einsatz kommt.

Der Wagen ist mit moderner Messtechnik, spezieller Schutzausrüstung sowie GPS ausgestattet. Dadurch können gefährliche Stoffe rasch identifiziert, gemessen und im Falle einer Gefahrenlage die betroffenen Bereiche gekennzeichnet und gesichert werden.

Die Gemeinde Glashütten zählt nun zu einem von fünf Standorten in Bayern, an welchen ein solches Spezialfahrzeug künftig beheimatet sein wird. Ermöglicht wurde die Stationierung durch die Bereitstellung des Fahrzeugs durch den Bund. Die federführende Zuständigkeit fällt dabei in den Geschäftsbereich des CSU-geführten Bundesministeriums des Innern, welches die Kompetenzen des Bundes auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes wahrnimmt.

Die Besucherinnen und Besucher erhielten eine Führung von der Feuerwehr durch das Gebäude und ließen sich das Fahrzeug noch einmal genauer erklären. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert erklärte, dass der Zivil- und Katastrophenschutz eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen ist – getragen vom Engagement vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer. Mit der Bereitstellung solcher Spezialfahrzeuge unterstütze der Bund die Ausstattung der Länder und Kommunen bei der Ausführung des Zivil- und Katastrophenschutzes, hob Silke Launert abschließend hervor.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

120 Jahre Karl Hopf GmbH



Bayreuth. Ende Juni feierte die Karl Hopf GmbH ihr 120-jähriges Bestehen. Das Bayreuther Familienunternehmen ist auf Gebäude-, Luft- und Umwelttechnik sowie den Anlagebau spezialisiert und wird inzwischen in vierter Generation geführt. Gegründet wurde das Unternehmen im Jahr 1906 zunächst als Schlosserei und Installationsbetrieb. Im Laufe der Jahrzehnte entwickelte sich daraus ein moderner mittelständischer Betrieb, der heute seinen Sitz im Bayreuther Industriegebiet Ost hat und weit über die Region tätig ist.

Auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert nahm an der Jubiläumsfeier teil und freute sich über die Einladung. Sie bezeichnete die Karl Hopf GmbH als ein Aushängeschild für die Region und würdigte insbesondere die erfolgreiche Verbindung von Tradition, Innovation und Familienunternehmertum. Abschließend bedankte sie sich bei Geschäftsführer Karl-Michael Hopf, Sabine Wagner und der ganzen Familie Hopf für die Einladung und wünschte dem Unternehmen weiterhin viel Erfolg für die Zukunft.

75 Jahre Kindergarten „Don Bosco“ in Pegnitz



Pegnitz. Am 4. Juli 2026 feierte der Kindergarten „Don Bosco“ in Pegnitz sein 75-jähriges Jubiläum. Zahlreiche Gäste waren gekommen, um dieses besondere Jubiläum zu feiern, darunter der Landtagsabgeordnete Franc Dierl, die Pegnitzer FU-Vorsitzende Regina Schrembs sowie die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Der Kindergarten ist seit vielen Jahren eine wichtige Einrichtung für Familien in Pegnitz. Hier schließen Kinder ihre ersten Freundschaften, entdecken ihre Talente und werden von den Erzieherinnen und Erziehern auf ihren weiteren Bildungsweg vorbereitet.

Eröffnet wurde die Jubiläumsfeier von Pfarrer Norbert Förster und dem Pegnitzer Bürgermeister Wolfgang Nierhoff. Die Besucherinnen und Besucher konnten sich bei Kaffee, Kuchen, Gegrilltem sowie einer Tombola mit zahlreichen Preisen austauschen und das Jubiläum feiern. Dr. Silke Launert gratulierte dem Kindergarten herzlich und dankte allen Erzieherinnen und Erziehern sowie allen weiteren Unterstützern für ihren Einsatz.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Stadtparkfest in Ebermannstadt

Ebermannstadt. Am Samstag, den 11. Juli, fand das Stadtparkfest in Ebermannstadt statt. Für Besucherinnen und Besucher jeden Alters wurde dabei einiges geboten. Die jüngsten Gäste konnten sich auf Buchvorstellungen, Bastelaktionen und viele weitere Mitmachangebote freuen. Für Erwachsene gab es unter anderem eine Fotoausstellung des FotoForumForchheim sowie ein Freiluftatelier der abteilungfürkunst. Musikalisch wurde das Fest von verschiedenen Bands aus der Region begleitet. Die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert ließ es sich daher nicht nehmen, das Stadtparkfest zu besuchen. Besonders beeindruckt zeigte sie sich von der neuen Kugelbahn im Stadtpark sowie von der neuen Bühne. Die Bühne sei ein besonderes Beispiel für den Mehrwert der Bundesförderung, die aus Mitteln des Regionalbudgets habe realisiert werden können, so Silke Launert. Zum Hintergrund: Das Regionalbudget ermöglicht eine Förderung kleinerer kommunaler Projekte im ländlichen Raum und schafft einen echten Mehrwert für die Menschen vor Ort. Die Bühne bietet künftig Vereinen und Veranstaltern die Möglichkeit, Konzerte, Kulturveranstaltungen und weitere Events auszurichten. Silke Launert bedankte sich abschließend für die Organisation des Festes und die Einladung.



370 Jahre Gefreeser Wiesenfest

Gefrees. Seit nun 370 Jahren wird in Gefrees Tradition, Gemeinschaft und Lebensfreude gelebt. Die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert freute sich daher sehr über die Einladung zum traditionellen Festumzug am Sonntag, den 12. Juli. Das Wiesenfest wurde fünf Tage lang gefeiert und lockte wieder zahlreiche Besucherinnen und Besucher nach Gefrees.

Dabei ist das Gefreeser Wiesenfest weit mehr als nur ein Volksfest. Gemeinsam mit weiteren Heimat- und Wiesenfesten der Region wurde es **erst kürzlich in das Bayerische Landesverzeichnis des immateriellen Kulturerbes aufgenommen**. Damit wird nicht nur eine jahrhundertelange Tradition gewürdigt, sondern vor allem das Engagement der Menschen, die das Fest mit Leben füllen und diese besondere Kultur von Generation zu Generation weitergeben.

Bereits seit dem Jahr 1656 wird das Wiesenfest gefeiert und hat damit die Geschichte der Stadt geprägt. „**Das zeigt, wie tief diese Tradition verwurzelt ist und wie wichtig sie bis heute für unsere Heimat ist**“, betonte Silke Launert und wünschte allen Besucherinnen und Besuchern ein schönes Fest.



Impressum:



Bundestagsbüro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
silke.launert@bundestag.de
T.: 030/227 79345

Wahlkreisbüro Bayreuth
Eduard-Bayerlein-Str. 5, 95445 Bayreuth
silke.launert.ma02@bundestag.de
T.: 0921/76430 21